



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Regionalgruppe Münster
Kajo Schukalla

Münster, 4.2.2016

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

die für den 21. Januar geplante Veranstaltung der **fremdenfeindlichen „Alternative für Deutschland“ (AfD)** mit ihrer Vorsitzenden Frauke Petry fand wegen der zweiten Absage des zweiten Veranstaltungsortes seitens Gutes Havichhorst nicht statt, die Gegendemonstration, zu der wir auch aufgerufen hatten hingegen mit rund 500 Teilnehmern schon. In der Tagespresse wurde breit darüber berichtet. Verwunderlich waren jedoch manche Leserbriefmeinungen zur ausgefallenen AfD-Veranstaltung, die durch Gegenproteste die Meinungsfreiheit bedroht sehen wollten. Den Unternehmern, die nach besserer Kenntnis des „Gastes“ schließlich die Raumzusage zurückzogen, gilt mein Respekt. Dies und Prpteste als staatsgefährdend zu erklären ist einfach absurd! Eine Gegendemonstration war angemeldet und genehmigt worden. Gewalt war seitens der Demonstranten auch nicht zu befürchten.

Auch mich erreichte eine Zuschrift, in der unsere Menschenrechtsorganisation zu Organisationen gezählt wurde, die „erheblich zur Beseitigung der demokratischen Kultur in unserem Land beitragen“ und „das Grundrecht auf Information und freie Diskussion“ behindern würde, ja wir wurden sogar in Verbindung mit potenziell immer gewalttätigen Demonstrationen gebracht, einfach absurd.

Ich kann nur dazu raten, die Äußerungen und Auftritte der AfD weiter genau zu beobachten und nicht nur den vor allem im Osten der Republik offen rassistisch auftretenden Zeitgenossen entschieden entgegenzutreten. Dass AfD-Parteigruppierungen im Westen, im liberalen Münster allemal, durch Kreidefressen verbunden mit Pseudobesorgnissen sich anzudienen suchen, darf uns nicht täuschen.

Mit herzlichem Gruß
Kajo Schukalla

Nachfolgend Nachrichten und Veranstaltungshinweise:

Die Eine Welt ist angekommen

Migranten und Flüchtlinge in Deutschland

- Aufnahme und Integration in Deutschland
- Gesprächsrunde mit Flüchtlingen und Engagierten
- Impulsvorträge und Gespräche
- Forum zum Schwerpunktthema ´Gutes Leben für alle´ des Diözesankomitees

Freitag, 12. Februar 2016, 16 – 21 Uhr Uhr

Akademie Franz Hitze Haus Münster,

Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

In den letzten Jahrzehnten sind – als Migranten und Flüchtlinge – Millionen Menschen aus aller Welt nach Deutschland zugewandert: Die 'Eine Welt' ist längst bei uns angekommen. Zwei gegenläufige Tendenzen haben die letzten Monate geprägt: Eine große Solidarität und Hilfsbereitschaft auf der einen und eine ausgeprägte Skepsis und Ablehnung bis hin zu Gewalttaten auf der anderen Seite.

Wir wollen mit Menschen ins Gespräch kommen, die zu verschiedenen Zeiten ihre jeweiligen Heimatländer verlassen mussten und in Deutschland Schutz gefunden haben: Vietnam, das ehemalige Jugoslawien und Syrien. In einer ausführlichen Gesprächsrunde werden wir auch mit Fachleuten über kirchliche und kommunale Flüchtlings- und Integrationsarbeit diskutieren.

Referenten:

Elvira Ajvazi, Greven

Gabriele Erpenbeck, Vorsitzende des ökumenischen Vorbereitungsausschusses für die Interkulturelle Woche, Hannover

Notburga Heveling, Vorsitzende des Diözesankomitees der Katholiken im Bistum Münster
Jochen Köhnke, Dezernent für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten, Stadt Münster

Jean Carlos Rahbe Bassil, Gelsenkirchen

Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Politikwissenschaftler und Migrationsforscher, Münster

Kim Van Dinh, Oldenburg

Kooperation mit <http://www.dioezesankomitee.de>

<https://www.franz-hitze-haus.de/programm/16-508/>

Gemeinsam ... – besser kennenlernen!

Treffen mit Flüchtlingen in Nienberge

Samstag , 13. Februar 2016, von 15 bis 20 Uhr

Mehrzweckhalle Nienberge, Feldstiege 45, Münster-Nienberge

Menschen die vor Terror und Unterdrückung fliehen mussten, Angehörige, Heimat und Besitz verloren haben, wurden auch in Nienberge herzlich aufgenommen. Unter dem Motto „Gemeinsam ... – besser kennenlernen!“ bis 20 Uhr in der Mehrzweckhalle Nienberge (Feldstiege 45) ein Begegnungsfest mit Flüchtlingen und einheimischen Nienbergern statt. Es lädt dazu ein der Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster in Zusammenarbeit mit Einrichtungen, Vereinen und Initiativen aus Nienberge. Fluchtursachen und -bewegungen haben auch immer eine entwicklungspolitische Perspektive, die in Münster viele Eine-Welt-Gruppen seit langem einfordern. Eine-Welt-Arbeit und Unterstützung der Geflüchteten bei uns sind zwei Seiten einer Medaille, denn die Dritte Welt ist schon längst auch bei uns angekommen. Wir dürfen den globalen Süden nicht ausblenden und müssen zugleich auch hier bei uns helfen. Die Veranstaltung bietet nicht nur Möglichkeit zum Kennenlernen. Auch gemeinsam mit Flüchtlingen vorbereitete kulinarische Spezialitäten aus verschiedenen Ländern und musikalischen Leckerbissen sowie Spielangebote für Kinder werden geboten. Mit dem Treffen möchten die Organisatoren Austausch und gegenseitiges Kennenlernen stärken und einen Beitrag zu Integration und friedlichem Miteinander leisten. Gäste sind herzlich willkommen.

Welche Zukunft hat das Kosovo?

Zwischen Perspektivlosigkeit und Hoffnung

- Situation von Kindern und Jugendlichen im Kosovo
- Welche Beiträge kann die Kirche leisten?
- Erfahrungen aus langjähriger Arbeit vor Ort

Donnerstag, 18. Februar 2016, 18.30 – 21 Uhr

Akademie Franz Hitze Haus Münster,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Das Kosovo ist nach dem Zerfall Jugoslawiens nie wirklich zur Ruhe gekommen, immer wieder gab und gibt es vor allem nach dem Krieg 1999 gewalttätige Ausschreitungen. Seit 2008 ist es – mit umstrittenem völkerrechtlichen Status – unabhängig. Vor allem Angehörige ethnischer Minderheiten leiden unter teilweise massiver Diskriminierung. Sie und zahlreiche andere Menschen auf der Suche nach einer Perspektive verlassen den Kosovo.

Herausgefordert von dieser schwierigen Situation gründete der Jesuit Walter Happel 2005 mit Hilfe von RENOVABIS das Loyola-Gymnasium in Prizren. Heute besuchen gut 700 Schüler, Katholiken und Muslime, die Schule. Für die Zukunft des Kosovo ist der Zugang zu hochwertiger Bildung, den sie dort erhalten, mindestens so wichtig wie das Einüben von friedlichem Zusammenleben unabhängig von Herkunft und Religion.

Mit Pater Happel SJ haben wir einen ausgezeichneten Kenner des Kosovo zu Gast, mit dem wir aktuelle Perspektiven diskutieren können.

Referenten: Walter Happel SJ, ehemal. Leiter des Loyola-Gymnasiums in Prizren (Kosovo), Oelde

Kooperation mit www.freckenhorster-kreis.de

<https://www.franz-hitze-haus.de/programm/16-509/>

Tote Hosen - Zu abgewrackt für die Party - gut genug für den Container?

Afrika oder Kleiderkammer ? Was geschieht mit unseren alten Kleidern?

Donnerstag, 18. Februar, 19 – 21 Uhr

Stadtweinhaus, Hauptausschusszimmer, Prinzipalmarkt

Einlass 18.30 Uhr

Erst auf den zweiten Blick sind Entsorgung und Wiederverwertung alter Textilien auch eine entwicklungspolitische Frage, die in Verbindung mit Fragen des fairen Handels steht. Der Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster nimmt sich dieser Thematik am Donnerstag (18.2.) in einer Podiumsdiskussion unter dem Motto „Tote Hosen - Zu abgewrackt für die Party - gut genug für den Container?“ an. Was geschieht eigentlich mit den Altkleidern, die wir im Container entsorgen? Landen sie in der Kleiderkammer oder doch in Ghana oder Uganda auf dem Straßenmarkt und zerstören die heimische Textilindustrie? Wer verdient am Altkleidermarkt? Wie ist die Stadt Münster an der Entsorgung beteiligt? Dies diskutieren

Diese offenen Fragen wollen wir mit Experten aus den unterschiedlichen Bereichen klären

und diskutieren. Wir laden Sie herzlich ein zur Podiumsdiskussion mit

Thomas Ahlmann, Fairwertung e.V., Essen

Matthias Knauff, Kolping-Recycling, Bistum Münster

Patrick Hasenkamp, Betriebsleiter Abfallwirtschaftsbetriebe Münster,

Ruben Enxing, Vamos e.V.,

Moderation: Dr. Kajo Schukalla, Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Diese Veranstaltung des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster findet statt in Zusammenarbeit mit Vamos e.V.

Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht!

Zur Lage der Religionsfreiheit weltweit und mit besonderem Blick auf Syrien.

Montag, 29. Februar, 18 Uhr

Kirchenfoyer, Salzstr.1 (Lambertikirchplatz), 48143 Münster,

Impulsvortrag von Dr. Kajo Schukalla im Rahmen der Sitzung des Ökumenischen Zusammenschlusses christlicher eine-Welt-Gruppen Münster (ÖZ)

Interessierte sind herzlich willkommen.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und kommunale Nord-Süd-Partnerschaften

Eine Podiumsveranstaltung mit Informationen aus der Politik, Erfahrungsberichten aus Kommunen

Mittwoch, den 9. März 2016, 18.30 Uhr Rüstkammer des Rathauses, Prinzipalmarkt (Eingang Stadtweinhaus)

Nicht zuletzt im Rahmen der Zukunftscharta wirbt unser Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller derzeit für eine Stärkung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Partnerschaften und hat für die internationale Zusammenarbeit auch den Kommunen neue Mittel in Aussicht gestellt.

In der Veranstaltung wird auch für die (BMZ-)Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / Engagement Global (Bonn) die zuständige Teamleiterin, Frau Jessica Baier, über die Förderinstrumente und kommunale Handlungsmöglichkeiten berichten.

Kommunale Erfahrungen – auch in finanziellen Mangelsituationen – werden Podiumsteilnehmer aus Selm und Bonn berichten, die beide kommunale bzw. Projektpartnerschaften mit ghanaischen Kommunen pflegen.

Alle Interessierten sind willkommen.

Das nächste Arbeitstreffen der GfbV-Regionalgruppe Münster

Donnerstag, 3. März 2016, 20 Uhr

Brücke, Internationales Zentrum der Universität,
Wilmergasse 2, / Ecke Schlossplatz.

Es wird weitere, kurzfristig zu vereinbarende Treffen geben. Wer mitmachen möchte, melde sich bitte bei mir oder auch Ulrike Kuhlmann (Kontakte siehe unten).

Bundesweites GfbV-Regionalgruppentreffen

Freitag bis Sonntag, 26. - 28. Februar 2016

Göttingen, Bundesbüro der Gesellschaft für bedrohte Völker,
Geiststraße 7, 37073 Göttingen,

Mitglieder und Aktive müssten mit Details informiert sein. Rückfragen auch über Tel. 0551/49906-17

Hier ist eine Absprache und Anmeldung erforderlich.

Flüchtlinge oder Geflüchtete ?

Sprache im Migrationsdiskurs

In der flüchtlingspolitischen Unterstützerszene wird derzeit der Begriff „Flüchtlinge“ vermehrt durch „Geflüchtete“ ersetzt. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit dem Bemühen um größere sprachliche Sensibilität. Nachfolgen habe ich zwei Stellungnahmen dokumentiert, die engagiert für den Begriffswechsel eintreten. Die sprachwissenschaftlich Argumentation erscheint mir dabei etwas überstrapaziert (das sage ich auch als Germanist). Auf Meinungsäußerungen im Internet, die das Suffix pauschal als entmenschlichend charakterisieren, will ich hier gar nicht eingehen.

Das Bemühen um eine erhöhte Sensibilität ist aber sehr verdienstvoll. Die Diskussion um Worte möge dazu beitragen, die Themen besser zu verstehen.

Ich selbst verwende beide Begriffe, auch das Wort „Flüchtling“ ist bei mir menschenrechtlich nur positiv konnotiert.

„Asylant“ ein „Kill-Wort“, so der Dortmunder Germanist Jürgen Link, das Anfang der 1980er Jahre stark aufkam, ist ein gut dokumentiertes Beispiel für verändertes Sprachempfinden. Seit Mitte der 1990er ist weitgehend aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden und wird heute allenfalls von politisch und sprachlich etwas unterbelichteten oder eben den anderen, politisch bewusst pejorativ zur Ausgrenzung verwendet.

Kajo Schukalla

Zum Begriff „Flüchtling“

(zitiert nach dem Sächsischen Flüchtlingsrat)

Wer ist ein Flüchtling?

Ein Flüchtling ist ein Mensch, der seine Heimat vorübergehend oder auf Dauer verlassen muss, weil dort Regierung und Behörden die Menschenrechte nicht garantieren können oder wollen. Menschen flüchten nicht freiwillig, sondern äußere Umstände, die ihre Freiheit, Sicherheit und körperliche Unversehrtheit bedrohen, zwingen sie dazu. Sie haben Angst, Opfer von Ermordung, Folter, Vergewaltigung, Inhaftierung, Versklavung, Raub oder Hunger zu werden. Fast immer lassen sich die verschiedenen Fluchtursachen auf tatsächliche oder befürchtete Menschenrechtsverletzungen zurückführen.

Das internationale Flüchtlingsrecht ist durch die Genfer Flüchtlingskonvention zur Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 begründet. Danach gilt als Flüchtling, wer

„aus der begründeten Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder der sich als staatenlos infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“

Im Laufe der Zeit hat sich allerdings das internationale Fluchtgeschehen dramatisch verändert bzw. zugespitzt. Die neuen Fluchtursachen und –entwicklungen können mit oben genannter Festlegung nicht mehr abgedeckt werden. Durch die enge Definition des politischen Flüchtlingsbegriffs und die Beschränkung auf Personen, die sich außerhalb ihres Herkunftslandes befinden, werden Binnenflucht, Armuts- und Umweltflüchtlinge, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge ausgeschlossen. Sie erhalten keinen Flüchtlingsstatus und können somit keinen internationalen Rechtsschutz genießen.

Geflüchtete schützen

Flüchtlingsschutz ist keine humanitäre Geste, sondern ein völkerrechtlich verbürgter Rechtsanspruch von Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind. Dieser Anspruch ist neben der Genfer Flüchtlingskonvention auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention und im deutschen Grundgesetz festgeschrieben.

Kritik am Begriff „Flüchtling“

Der Begriff „Flüchtling“ wird von einigen Initiativen kritisiert. Hinter der Versächlichung, die durch das Suffix „-ling“ entsteht, verschwinden persönliche Hintergründe von Personen, Bildungs- und Berufsgeschichten, persönliche Interessen und politische Meinungen. Daher ist es angebrachter, von „geflüchteten oder geflohenen Menschen“ zu sprechen.

Quelle: <http://saechsischer-fluechtlingsrat.de/flucht-und-asyl/situation-in-sachsen-in-der-brd-und-eu/zum-begriff-fluechtling/>

Flüchtlinge und Geflüchtete

(zitiert aus dem Bremer Sprachblog)

Vorschläge für sensible Sprachregelungen treffen selten auf Gegenliebe. Im Gegenteil: Sie ziehen Vorwürfe von „Zensur“, „Denkverboten“ und natürlich „politischer Korrektheit“ an, wie das Licht die Motten.¹

So auch bei dem Vorschlag, Flüchtlinge lieber als Geflüchtete zu bezeichnen. Dieser Vorschlag ist nicht völlig neu, aber er erreicht immer wieder mal eine breitere Öffentlichkeit, z.B. während des No-Border-Camps in Köln im Juni oder während der aktuellen als Refugee Camp bezeichneten Demonstrationen.

Warum diese (oder irgendeine andere) Sprachregelung sinnvoll sein könnte, fragen die Gegner politischer Korrektheit nie: für sie ist klar, dass jede Sprachregelung erstens überflüssig und zweitens ein schwerer Fall von Sprachverhunzung ist. Überflüssig, weil das Wort, um das es jeweils geht, doch völlig unproblematisch sei, und Sprachverhunzung, weil für sie jede ungewohnte Formulierung eine ästhetische Gefahr darstellt. Sehen wir uns deshalb diese zwei Aspekte anhand des Begriffspaars Flüchtlinge/Geflüchtete näher an, denn es lassen sich daran die Überlegungen verdeutlichen, die bei Vorschlägen für Sprachregelungen immer eine Rolle spielen. [Hinweis: Der folgende Text enthält Beispiele

rassistischer Sprache].

Die Verwendung von Flüchtling

Zunächst zur Frage, ob das Wort Flüchtling problematisch ist. Diese Frage lässt sich auf zwei Arten beantworten: Erstens könnten wir fragen, ob die Betroffenen selbst das Wort problematisch finden. Da „die Betroffenen“ keine homogene Gruppe darstellen, hilft das aber nicht sehr viel weiter. Ich selbst habe es nie als problematisch empfunden, dass meine Großmutter als Kriegsflüchtling nach Deutschland gekommen ist und auch als solcher bezeichnet wurde. Aber da ich nicht weiß, ob ich repräsentativ bin, besagt das nichts. Zweitens könnten wir nach objektiven Kriterien fragen, und die lassen sich auf zwei Ebenen finden: a) das Wort könnte überwiegend in negativen Zusammenhängen verwendet werden; b) die Struktur des Wortes selbst könnte problematisch sein.

Das Wort Flüchtling ist allgemein gebräuchlich, und findet sich sowohl in negativen als auch in positiven Zusammenhängen. Es wird völlig neutral verwendet, etwa in den Namen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, der bundesweiten Flüchtlingsräte oder des Weltflüchtlingstages. Die Verwendungszusammenhänge an sich sind also nicht grundsätzlich problematisch.

Bei der Struktur des Wortes selbst ist das anders, sehen wir sie uns also genauer an.

Die Struktur von Flüchtling

Das Suffix –ling war ursprünglich eine Verkleinerungsform (ein sogenannter Diminutiv) ohne negative Nebenbedeutung, wie sie heute noch bei bestimmten Tier- und Pflanzenbezeichnungen zu finden ist (Engerling, Sperling, Frischling, Nestling, Setzling).²

Bei Personenbezeichnungen entwickelte es jedoch schnell eine abwertende Bedeutung. Hier müssen zunächst drei Fälle unterschieden werden: Das Suffix -ling kann an Verben (auch substantivierte Verben) oder an Adjektive angehängt werden, und bei Verben kann das so entstehende Wort eine aktivische Bedeutung („Person, die etwas tut“) oder eine passivische Bedeutung („Person, mit der etwas getan wird“) haben.

Mit –ling aus Adjektiven gebildete Wörter hatten im Prinzip von Anfang an einen negativen Beiklang (eine sog. negative Konnotation). Die aus mittelhochdeutscher Zeit stammenden Wörter Fremdling und Neuling waren anfangs manchmal noch neutral (bei Luther findet sich Fremdling noch in der Bedeutung „Gast“), aber schon viele der frühen Bildungen sind klar negativ, z.B. Zärtling („schwächlicher Mensch“) oder Dümmling. Auch die Bildungen in den Jahrhunderten danach sind durchgängig negativ: Rohling, Sonderling, Wüstling, Schwächling, Kümmerling, Primitivling, Naivling, Jüngling, Weichling, Winzling und Feigling. Und das sind nur die Wörter, die heute noch im Gebrauch sind. Nehmen wir die hinzu, wie sich nicht halten konnten, wird die negative Konnotation noch deutlicher: Blasiertling, Korruptling, Stupidling, Süßling, Weibling, Kindling, Blässling, Bleichling, Dickling, Feistling, Schmächtling, Kümmerling, Frühreifling, Grämlichling, Strengling, Heiterling, Gescheitling, Vornehmlichling, Armling („armer Mensch“), Weisling, Bequemling, Müsling („Müssiggänger“).

Besonders interessant sind die Wörter Süßling und Schönling, da sie zeigen, dass das Suffix –ling auch aus eigentlich positiv konnotierten Adjektiven negativ konnotierte Substantive macht (Süßling hies ursprünglich „Leckermaul“, ab dem 18. Jh. dann aber „fader, süßlich tuender Mensch“, und Schönling war schon zu seiner Entstehung im 18. Jh. negativ). Wir sehen also, bei Adjektiven ergibt das Suffix –ling spätestens seit dem 18. Jahrhundert negativ konnotierte Wörter.

Aber Flüchtling ist natürlich nicht von einem Adjektiv, sondern vom Verb flüchten abgeleitet. Wie sieht es also bei Wörtern aus, die aus Verben abgeleitet sind? Hier müssen wir, wie gesagt, zwischen denen unterscheiden, die eine passivische Bedeutung haben (wie

Prüfling, „Person, die geprüft wird“) und denen, die eine aktivische Bedeutung haben (wie Eindringling, „Person, die irgendwo eindringt“).

Die mit passivischer Bedeutung sind grundsätzlich nicht im engeren Sinne negativ konnotiert, sie implizieren aber alle ein mehr oder weniger starkes Abhängigkeitsverhältnis, was vielleicht in der Natur der passivischen Bedeutung liegt: Prüfling, Impfling, Lehrling, Liebling, Säugling, Findling, Täufling, Sträfling, Zögling, Häftling, Schützling, Pflegling.

Mit aktivischer Bedeutung gibt es nur sehr wenige gebräuchliche Wörter, nämlich Flüchtling, Eindringling, Emporkömmling und Schreiberling (letzteres aus einem Substantiv, das seinerseits mit aktivischer Bedeutung aus einem Verb abgeleitet ist. Zumindest Eindringling, Emporkömmling und Schreiberling sind hier klar negativ konnotiert, und dieses Bild bestätigt sich, wenn wir Wörter mit hinzunehmen, die sich im Gegenwartsdeutschen nicht gehalten haben: Beichtling, Kriechling, Reimling/Dichterling („schlechter Dichter“), Schwindling („Lügner, Phantast“), Fressling, Säufing, Rühmling („Prahler“), Nasenrümpfling („Besserwisser“), Romanling („schlechter Schriftsteller“) und Dichterling.

Es lässt sich also feststellen: Wer Flüchtling als negativ konnotiert empfindet, hat mindestens zwei Argumente, die diese Empfindung stützen. Erstens: Die Mehrzahl der nach dem gleichen Muster gebildeten Wörter ist negativ konnotiert. Zweitens: Das Muster ist sehr selten, die dominanten Muster sind die aus Adjektiven abgeleiteten Wörter (die durchgängig negativ konnotiert sind), und die passivischen Wörter (die durchgängig Abhängigkeitsverhältnisse suggerieren). Diese Muster sind zwar nicht direkt auf Flüchtling zu beziehen, aber da sie so dominant sind, ist es nicht unwahrscheinlich, dass ihre Bedeutung auch auf Wörter des Musters Flüchtling abfärbt.

Wer Flüchtling nicht als negativ konnotiert empfindet, muss sich für seine Empfindung aus meiner Sicht nicht in dem Maße rechtfertigen, wie es bei klar diskriminierenden Wörtern wie N****, Kanacke o.ä. der Fall wäre. Allerdings ändern das persönliche Empfinden und die Tatsache, dass Flüchtling im allgemeinen Sprachgebrauch sowohl in positiven als auch in negativen Zusammenhängen verwendet werden, nichts an der allgemein negativen Konnotation des Wortbildungsmusters.

Die Alternative Geflüchtete

Die neutrale Alternative Geflüchtete/r bietet sich aber auch dann an, wenn keine Einigkeit bezüglich der Konnotation des Wortes Flüchtling besteht, denn Schaden würde eine neutrale Alternative ja auf keinen Fall. Das einzige Argument, was gegen sie vorgebracht werden könnte, und das gegen sprachensible Vorschläge mit schöner Regelmäßigkeit vorgebracht wird, wäre eben, dass es sich um „Sprachverhunzung“ handle.

Aber ist das so? Ich wüsste nicht, warum, denn das Wort folgt einem völlig normalen Wortbildungsmuster des Deutschen: Der Ableitung von Substantiven aus Partizipien, in diesem Fall aus dem Partizip Perfekt. Es gibt jede Menge solcher Wörter (ich nenne sie hier in der Pluralform): Gelandete, Gestrandete, Genesene, Gefallene, Geschworene, Geheilte, Gesuchte, Gefangene, Gejagte, Geächtete, Gekreuzigte, Geliebte, Gelehrte — um nur eine Auswahl zu nennen.

Diese Wörter sind nicht nur völlig normal, was den Vorwurf der Sprachverhunzung entkräfte. Sie zeigen auch, dass das Wortbildungsmuster im Gegensatz zu dem mit -ling, völlig neutral ist, also sowohl positiv als auch negativ belegte Wörter bilden kann.

Das Wort Geflüchtete ist auch nicht neu, es war schon im 19. Jahrhundert mit genau dieser Bedeutung gebräuchlich, wie die folgenden ausgewählten Beispiele zeigen:

In Folge der Aufnahme vieler Geflüchteten aus Natolien, Skio, Jpsara und andern Orten ist die Zahl ihrer griech. Bewohner auf 32.000 gestiegen... [1836]

Die weltliche Gewalt darf nicht verhindern, daß man dem Geflüchteten Kleider und Lebensmittel bringe. [1840]

Die Wirkung der Freistätte ist, daß der dahin Geflüchtete durch den weltlichen Richter nicht gewaltsam weggeführt werden kann... [1856]

Die Alternative Refugee

Neben dem Wort Geflüchtete lässt sich manchmal auch die Verwendung des englischen Lehworts Refugee(s) beobachten. Diese dürfte auf noch weniger Gegenliebe stoßen als Geflüchtete, da hier zur vermeintlichen Sprachverhöhnung durch politische Korrektheit auch noch die durch Aufnahme von Lehngut hinzukommt. Es wäre aber voreilig, das Wort Refugees deshalb ohne weitere Diskussion abzulehnen, denn es hat für mich einen Vorteil gegenüber Geflüchtete. Sowohl Flüchtlinge als auch Geflüchtete stellt die Flucht selbst in den Vordergrund, während das englische Wort den SICHEREN ORT in den Vordergrund stellt, den die so Bezeichneten suchen (engl. refuge bedeutet „Zuflucht(sort)“, „Schutzort“, „Freistatt“, „Schutzgebiet“).

Es könnte schließlich nicht schaden, wenn die Bezeichnung von Menschen, die auf der Suche nach einem sicheren Ort zu uns kommen, uns an diese Suche erinnern würde. Das würde der Gesellschaft vielleicht dabei helfen, mehr darüber nachzudenken, wie sie diesen Menschen einen solchen sicheren Ort schaffen kann, und weniger darüber, wie sie sie schnellstmöglich wieder los wird. Es wäre deshalb lohnenswert, über Wörter wie Schutzsuchende oder Zufluchtsuchende nachzudenken.

ZUSAMMENFASSUNG

Insgesamt können wir also festhalten: Das Wort Flüchtling ist vielleicht nicht hoch problematisch, aber doch potenziell bedenklich. Es kann Situationen oder Menschen geben, in denen oder denen gegenüber das Wort abwertend empfunden wird, und diese Empfindung wird durch die Struktur des Wortes gestützt. Das Wort Geflüchtete/r ist dagegen in seiner Bedeutung völlig neutral und kann in jeder Situation verwendet werden, also sowohl dort, wo das Wort Flüchtling problematisch sein könnte, als auch dort, wo es das nicht ist. Noch besser wäre ein Wort wie Zufluchtsuchende/r, das in seiner Bedeutung nicht nur neutral ist, sondern uns daran erinnert, warum die so Bezeichneten bei uns sind.

Quelle: <http://www.sprachlog.de/2012/12/01/fluechtlinge-und-gefluechtete/>

“Gefangen im Teufelskreis”

Gegen Zwangsabschiebung ins Kosovo

Am Mittwoch, den 27.1.2016, hat die Gesellschaft für bedrohte Völker mit Unterstützung der beiden Europa-Parlamentarierinnen Soraya Post (Schweden) und Cornelia Ernst (Deutschland) in Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel ihren Bericht über die katastrophalen Folgen der Zwangsrückführung von Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter in den Kosovo vorgestellt.

Gemeinsam rufen sie die EU dazu auf, sich verstärkt für die unter so bedrohlicher Diskriminierung leidenden Roma-Minderheiten im Kosovo einzusetzen, dass diese ein menschenwürdiges Leben führen können.

Die Studie ist unter Federführung der GfbV-Schweiz entstanden und zeichnet den Leidensweg von aus Deutschland abgeschobenen Angehörigen der Roma-Minderheiten nach.

Die GfbV hat 70 aus Deutschland abgeschobene oder zur Rückkehr in den Kosovo

gedrängte Familien der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter begleitet und ihr Schicksal dokumentiert. Die Bilanz ist erschütternd: Die Minderheitenangehörigen sind im Kosovo einer so gravierenden strukturellen und kumulativen Diskriminierung ausgesetzt, dass sie dort nicht leben können. Fast alle müssen wieder nach Westeuropa fliehen, werden meist schnell wieder aufgegriffen und zurückgeschickt. Im Kosovo beginnt dieser Teufelskreis von vorn, denn dort haben sie kaum Zugang zu Arbeit und Wohnraum, ihre Kinder werden in den Schulen diskriminiert. Wer nicht von Angehörigen, die noch in Westeuropa leben, unterstützt wird, muss hungern.

Die GfbV ruft die Mitgliedsstaaten der EU dringend dazu auf, das Versagen der Regierung des Kosovo endlich zur Kenntnis zu nehmen und von der zwangsweisen Rückführung von Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern, abzusehen, bis wirksame Maßnahmen gegen ihre lebensbedrohliche Diskriminierung ergriffen wurden. Die Menschenrechtsorganisation fordert, die aus dem Kosovo geflohenen Angehörigen dieser Minderheiten zu schützen und diejenigen, die bereits länger in Westeuropa leben, hier zu integrieren, so lange die Diskriminierung andauert. Für sie muss es hier legale Arbeits- und Ausbildungsprogramme geben. Im Kosovo und den anderen Ländern des westlichen Balkans müssen endlich Integrationsprogramme umgesetzt werden.

Den GfbV-Bericht "Lost in Transition" und die deutsche Zusammenfassung "Gefangen im Teufelskreis" sowie weitere Pressemitteilungen finden Sie auf www.gfbv.de

Link zur Studie:

http://assets.gfbv.ch/downloads/kosovobericht_low_doppelseiten_online.pdf

deutsche Zusammenfassung:

http://assets.gfbv.ch/downloads/kosovobericht_zusammenfassung_d_ch_1.pdf

Für Fragen: Jasna Causevic, Südosteuropa-Referentin, GfbV-Deutschland, Tel. 0551/ 499 06 16

Stephan Müller, Koordinator Minderheiten Westlicher Balkan, GfbV-Schweiz, Tel. +36 20 338 0226 oder +43 699 107 53 644.

Sudan: Friedensgespräche in Berlin enden erfolglos (23.1.2016)

Anhaltender Krieg schürt Hungerkatastrophe in Sudans Konfliktregionen

GfbV-Pressemitteilung vom 25.1.2016

Nach dem Scheitern von Friedensgesprächen in Berlin hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor einer Verschärfung der Hungerkatastrophe in den umkämpften Nuba-Bergen und in der Provinz Blauer Nil im Sudan gewarnt. „Leider haben sich bei den Gesprächen die Hoffnungen nicht erfüllt, dass sich die Konfliktparteien nach viereinhalb Jahren Krieg wenigstens darauf einigen, die ungehinderte humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung zu gestatten“, kritisierte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Montag in Göttingen. „Sudans Konfliktparteien müssen sich fragen lassen, inwieweit sie die dramatische Lage der Zivilbevölkerung in den umkämpften Regionen überhaupt interessiert. Die fortgesetzte Verweigerung eines freien humanitären Zugangs und die Bombardierung humanitärer Einrichtungen sind Kriegsverbrechen, die strafrechtlich geahndet werden müssen.“ Den Nuba und den Bewohnern der Provinz Blauer Nil droht wegen unzureichender Ernten und ausbleibender Regenfälle aufgrund des El-Nino-

Klimaphänomens nun noch mehr Hunger.

Abgesandte der sudanesischen Regierung und der bewaffneten Bewegung Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) hatten am vergangenen Freitag und Samstag bei informellen Gesprächen in Berlin vergeblich versucht, eine Lösung im Streit um die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung zu finden. Während die SPLM-N für eine Versorgung der Notleidenden über das Territorium des Südsudans und Äthiopiens eintritt, besteht die sudanesische Regierung auf einer Versorgung nur über sudanesisches Territorium. Auch in anderen Streitpunkten wurde keine Einigung erzielt. Die informellen Gespräche in Addis Abeba (16.-18.12.2015) und Berlin (22.-23.1.2016) waren angesetzt worden, nachdem die offiziellen Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien im November 2015 gescheitert waren.

Rund 1,2 Millionen Menschen sind in beiden Konfliktregionen auf humanitäre Versorgung angewiesen. In den Nuba-Bergen und der Provinz Blauer Nil wird seit Sommer 2011 gekämpft. Bereits im Februar 2012 legten internationale Vermittler konkrete Vorschläge für die Sicherung eines freien Zugangs zu beiden Gebieten vor. Doch die sudanesische Regierung stellte immer neue Bedingungen, so dass bis heute die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung nicht offiziell geregelt werden konnte.

Auch bei ihrer Kriegsführung in den Nuba Bergen Süd-Kordofans missachtet die sudanesische Armee Grundsätze des humanitären Völkerrechts. So wurden mindestens 26 Krankenhäuser und Krankenstationen bombardiert, obwohl sie weithin sichtbar als humanitäre Einrichtungen gekennzeichnet waren. In der Provinz Blauer Nil werden mehr als 100 gefangene Zivilisten unter unmenschlichen Bedingungen von den Sicherheitskräften in Containern festgehalten. Außerdem werden von Soldaten systematisch Dörfer zerstört, deren Bewohner verdächtigt werden, die SPLM-N zu unterstützen.

Der Buchtipp:

"Das Mädchen und die Macht der Mächtigen" von Domitien Ndiokubwayo

Frisch aus der Druckerpresse vom Dezember 2015 empfehle ich den Roman eines Ethnologen und Freundes, der in Münster studiert hat und viele Jahre in der Eine-Welt- und Menschenrechtsarbeit in Münster mitgewirkt hat.

Nach seinem Studium der Ethnologie, Soziologie und politischen Ökonomie mit anschließender Promotion in Ethnologie zum Thema der Nachbarschaft in Burundi kehrte er 1999 nach Burundi zurück, übernahm eine Professur, wurde Dekan an der Universität von Ngozi, übernahm später hohe Verwaltungspositionen im Land.

Literarisch war er stets nicht nur interessiert, sondern auch schon während seines Studiums produktiv. So veröffentlichte er Märchen aus Burundi unter dem Titel „War es einmal?“

Und dies ist der aktuellere Roman:

Domitien Ndiokubwayo: "Das Mädchen und die Macht der Mächtigen"

Münster 2015, Aschendorff-Verlag,

ISBN 978-3-95627-431-2 ,

200 S., 13,90 Uhr

Nellia, ein Mädchen aus einer armen afrikanischen Bauernfamilie, hält sich für eine Zivilisierte, da sie Französisch gelernt hat. Sie geht in die Stadt, wird die Geliebte eines reichen Mannes, erfährt Korruption, Mord, Machtmissbrauch. Das Buch spielt in einem

fiktiven afrikanischen Land, das aber deutbar ist.

Im kommenden Monat wird Domitien Ndiokubwayo wieder Münster besuchen, wie ich soeben erfahre. Wir werden versuchen, eine Literaturlesung zu organisieren. Wer hierbei mitwirken möchte, sende mir bitte eine E-mail.
Kajo Schukalla



Oxfam-Studie: 62 Superreiche besitzen so viel wie die halbe Welt

Ungleichheit weltweit wächst immer schneller

Soziale Ungleichheit nimmt weltweit immer schneller zu. Wie dramatisch das ist, zeigt eine Zahl der Organisation Oxfam: Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung - und der Trend hält an.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in nahezu jedem Land der Welt immer größer. Die Geschwindigkeit, mit der das geschieht, überrascht aber auch Experten. Vor einem Jahr sagte die Nichtregierungsorganisation Oxfam voraus, im Jahr 2016 werde das reichste Prozent der Weltbevölkerung, also rund 70 Millionen Menschen, mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent (rund sieben Milliarden Menschen) zusammen. Tatsächlich wurde diese Schwelle schon ein Jahr früher erreicht.

Noch drastischer zeigen die Vermögen der Superreichen den Trend: Inzwischen besitzen die 62 reichsten Einzelpersonen genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung - vor einem Jahr waren es noch 80 Personen.

Dies geht aus dem Bericht "An Economy for the 1%" hervor, den Oxfam vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos veröffentlicht.

Demnach verringerte sich das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung in den vergangenen fünf Jahren um rund eine Billion Dollar (oder um 41 Prozent), obwohl die Bevölkerung um 400 Millionen Menschen gewachsen ist. Gleichzeitig erhöhte sich das Vermögenger reichsten 62 Personen um mehr als eine halbe Billion Dollar.

Neun von zehn Großkonzernen haben Niederlassung in Steueroase

Ein Grund für die Entwicklung ist Oxfam zufolge die unzureichende Besteuerung von großen Vermögen und Kapitalgewinnen sowie die Verschiebung von Gewinnen in Steueroasen. Investitionen von Unternehmen in Steuerparadiesen haben sich der Organisation zufolge zwischen 2000 und 2014 vervierfacht - neun von zehn der weltweit führenden Großunternehmen hätten Präsenzen in mindestens einem dieser Länder. Entwicklungsländern gingen auf diese Weise jedes Jahr mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen verloren.

Die Verschiebung von Vermögen in Steueroasen durch reiche Einzelpersonen koste alleine die afrikanischen Staaten jährlich rund 14 Milliarden Dollar, schreiben die Autoren des Berichts. Damit ließe sich demnach in Afrika flächendeckend die Gesundheitsversorgung für Mütter und Kinder sicherstellen, was pro Jahr rund vier Millionen Kindern das Leben retten würde.

Oxfam appellierte an die 2500 Teilnehmer des am Mittwoch beginnenden Weltwirtschaftsforums in Davos, ihren Einfluss dafür zu nutzen, dass die soziale

Ungleichheit in der Welt nicht immer größer werde - sie drohe, die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichtezumachen.

Dazu gehöre, dass Konzerne sich nicht länger aus ihrer Verantwortung stehlen dürften und aufhören müssten, Gewinne in Steueroasen zu verschieben.

Oxfam: 62 Superreiche besitzen so viel wie die halbe Weltbevölkerung

London (dpa) - Die 62 reichsten Menschen der Erde besitzen laut der britische Hilfsorganisation Oxfam genauso viel Vermögen wie die gesamte arme Hälfte der Weltbevölkerung - das sind rund 3,6 Milliarden Menschen. Die Kluft zwischen Arm und Reich habe sich in den vergangenen fünf Jahren dramatisch vergrößert, heißt es. So habe sich in das Vermögen der armen Hälfte der Weltbevölkerung um rund eine Billion US-Dollar verringert. Das sei ein Rückgang um 41 Prozent.

Quelle: WN 18.1.2016

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Arbeitskontakte:

Ulrike Kuhlmann,

Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)

E-mail: ulriekuhlmann@googlemail.com.

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Meine Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung.